Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 40000 Mk.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch
22. August 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4761—68, 6060—68. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Halbmonats-Bezugspreis 60 000 ℳ frei Haus.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder sonstiger Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 160 000 ℳ je 23 mm breite mm-Zeile. Beharrsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

22. 8. a

Nr. 386
62. Jahrgang.

40 000

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Die französische Note.

Auszugsweise Veröffentlichung aus dem Gelbbuch.

Paris, 22. 8.

Die französische Antwort auf das Schreiben der englischen Regierung vom 11. August ist heute früh um 9 Uhr in Form eines Gelbbuches der Presse zugänglich gemacht worden. Dieses Gelbbuch umfaßt einschließt auf Seite 7—25 eine in Kapiteln eingeteilte, ausführliche

historische Darstellung der Reparationsfrage,

um dann in eine allgemeine und systematische Darstellung der französischen Stellungnahme zum Reparationsproblem überzugehen. Es folgt alsdann auf den Seiten 25—30 in Form eines Anhangs eine Stellungnahme jeden einzelnen Punktes des englischen Schreibens vom 11. August sowie des britischen Memorandums. Den ersten historischen Teil ist wenig Interesse abzugewinnen. Es folgt alsdann eine Darstellung der Ruhrbesetzung mit den Argumenten, welche heute auf der französischen Presse bekannt sind. Auf Seite 18 wird alsdann gesagt, wie französisch sich die Ruhrbesetzung als nicht militärisch gedacht habe. Dieser Abschnitt endet mit den Worten: „Es war eine gütliche Abmachung, eine friedliche Zusammenarbeit, die wir Deutschland bei unserem Eintritt in das Ruhrgebiet ehrlich angeboten haben." (!) Der folgende Abschnitt werdet sich dann von

passiven Widerstand zu

aktiv und gewaltsam gewesen sei. „Dieser Widerstand ist nicht aus dem Nichts heraus entstanden und noch weniger aus der rheinischen Bevölkerung. Er kam von gewissen Industriellen der mit Deutschland eng verbundenen Gebiete. Den ersten Teil ist wenig Interesse abzugewinnen. Es folgt alsdann eine Darstellung der Ruhrbesetzung mit den Argumenten, welche heute auf der französischen Presse bekannt sind. Auf Seite 18 wird alsdann gesagt, wie französisch sich die Ruhrbesetzung als nicht militärisch gedacht habe. Dieser Abschnitt endet mit den Worten: „Es war eine gütliche Abmachung, eine friedliche Zusammenarbeit, die wir Deutschland bei unserem Eintritt in das Ruhrgebiet ehrlich angeboten haben." (!) Der folgende Abschnitt werdet sich dann von

passiven Widerstand zu, der tatsächlich aktiv und gewaltsam gewesen sei. „Dieser Widerstand ist nicht aus dem Nichts heraus entstanden und noch weniger aus der rheinischen Bevölkerung. Er kam von gewissen Industriellen der mit Deutschland eng verbundenen Gebiete." Es wird alsdann dargelegt, wie man Frankreich zunächst die Gewissheit des passiven Widerstandes verlangen muß, ehe es in irgendwelche Verhandlungen mit der deutschen Regierung eintrete. „Der passive Widerstand", so wird weiter ausgeführt, „steht nicht nur im Widerspruch mit dem Friedensvertrag, sondern auch im Gegensatz zu dem Interessen Deutschlands selbst." In der näheren Darstellung dessen, was Frankreich nach Einstellung des passiven Widerstandes zu tun gedenkt und wie es alsdann keine Besetzung abzusehen gedenke, werdet die neue französische Note auf das letzte französische Geldmark (Dokumente 23 und 24) und erklärt, es sei überflüssig, die dort entbotenen Angaben zu wiederholen, die wahrere Seiten des Gelbbuches umfassen und die ausführlich die verschiedenen Wünschen Frankreichs darlegen. „Wir wollen nur daran erinnern," so heißt es in dem Gelbbuch, „daß, wenn es nicht mehr notwendig sein wird, die Gruben, Eisenbahnen und Kanäle der Sicherstellung zu schützen, die Truppen alsdann von der Arbeiterbevölkerung nur wenig in Berührung kommen würden."

Alsdann werdet sich die Note den

Bedingungen für die Räumung

zu. Auch hier vermeidet sie zunächst auf das Dokument 23 bei den letzten Gelbbuch. „Wir verbieten nachmals, daß wir durchaus nicht den Wunsch haben, länger im Ruhrgebiet zu bleiben, als es notwendig ist, und daß wir bereit sind, unsere Ziele und Absichten (!) haben. Wir wissen genau, daß Deutschland und sehr schnell begeben kann (!) und daß es nur von dem abhängt, eine gerade Linie Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen. Der Zeitpunkt, an dem die Zahlungen vollzogen sein können, hängt vom Willen Deutschlands ab."

Alsdann werdet sich die Note der Reparationsfrage zu. Es heißt in dem Gelbbuch: „Es ist unerläßlich, daß Deutschland sehr schnell begeben kann (!) und daß es nur von dem abhängt, eine gerade Linie Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen. Der Zeitpunkt, an dem die Zahlungen vollzogen sein können, hängt vom Willen Deutschlands ab." Alsdann werdet sich die Note der Reparationsfrage zu. Es heißt in dem Gelbbuch: „Es ist unerläßlich, daß Deutschland sehr schnell begeben kann (!) und daß es nur von dem abhängt, eine gerade Linie Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen. Der Zeitpunkt, an dem die Zahlungen vollzogen sein können, hängt vom Willen Deutschlands ab." Alsdann werdet sich die Note der Reparationsfrage zu. Es heißt in dem Gelbbuch: „Es ist unerläßlich, daß Deutschland sehr schnell begeben kann (!) und daß es nur von dem abhängt, eine gerade Linie Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen. Der Zeitpunkt, an dem die Zahlungen vollzogen sein können, hängt vom Willen Deutschlands ab."

Deutschland sich erhält.

Sicherlich liegt es aber nicht in Frankreichs Interesse, daß Frankreich dadurch Schaden erleide.

In dem Anhang, in dem Poincaré das englische Schreiben vom 11. 8. in einzelnen einzelnen Punkten beantwortet, sind auf Seite 44 folgende Abschnitte von Interesse. Unter Punkt 42 erklärt sich Poincaré mit der Meinung Englands, daß die Belebung des Ruhrgebiets ein Ende nehmen muß, wenn Garantien oder Pfänder, die von vorübergehendem Geschäftswerte sind, weniger schädlich und produktiver als die Ruhrbelegung sind, gefunden werden. Es heißt hier, die englische Regierung könne die vier französischen und belgischen Commissionen nicht gelten haben. „Wir sind durchaus bereit, wenn der Widerstand aufgehört hat und wenn das Ende der Arbeiten der Belegung zu ändern und in Uebereinstimmung mit unseren Alliierten die Garantien und Pfänder zu unserer Sicherstellung, aber wir werden das Ruhrgebiet nicht auf neue Versprechungen hin räumen. Wir wollen keinen Rückzug."

Poincaré läßt auch in diesem Teil wieder die Forderung auf gemeinsame Ausbeutung des Ruhrgebietes durch die Alliierten hören.

In Punkt 43 heißt es: „Es hängt von Deutschland ab, daß wir aus dem Ruhrgebiet herausgehen, indem es sich durch die Sanierung seiner Finanzen in die Lage versetzt, internationale Anleihen aufzunehmen. Die Lösung auf der Räumung des Ruhrgebietes wird für Deutschland stimulierend wirken."

In Punkt 44 heißt es, wir protestieren noch einmal mit Entrüstung gegen die Annahme, daß Frankreich bereit sei, bei der Räumung zum Zweck der Sicherstellung der Ruhrgebiet

Gewaltchronik.

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind dort gestern 35 Milliarden weggenommen worden. Eine weitere Summe von 45 Milliarden ist in Bergedorf in der Nähe von Bochum fortgenommen worden.

Nach einer weiteren Meldung aus Düsseldorf haben die Franzosen gestern den Leiter der kommunistischen „Freiheit", Rubert, verhaftet, weil er am 1. Mai eine heftige Rede gegen die französischen Truppen gehalten haben soll. Rubert, der in Frankreich vorgeschlagen hat, daß die Reichsregierung, deren Kanzler den Arbeitsausschuß heute empfängt, und die Regierungen der Länder Ohr und Verständnis für die notleidende Kulturschicht haben werden. Dringend gelegen aber erscheint, daß das ganze Volk, in dem manche Kreise noch immer die Geistesarbeit unterschätzen, für den unsagbar schweren Kampf seiner geistigen Bildungsschicht volles Verständnis gewinnt. Denn wird man das erbarmungslose Geschick tragen und doch nicht schlaff und stumpf verzagen, sondern mit der jahen Kraftanstrengung sich rüsten, die die Gewähr der Rettung in sich trägt.

*

Heute nachmittag wird der Reichskanzler Dr. Stresemann Vertreter des Schutzkartells der notleidenden Kulturschichten Deutschlands zu einer Aussprache über die Not des geistigen Mittelstandes empfangen.

Spanische Gegenoffensive in Marokko

Madrid, 21. 8. (T. U.) Nach den letzten verlustreichen Kämpfen wird erwartet, daß morgen spanische Truppen zur Offensive übergehen. Meldungen über spanische Rückerlangen sind bedenkliche Gestaltungen, weil französischen Ursprungs. Die Presse bezweifelt teilweise die aus Tanger stammende Nachricht, der Kabylenführer Abdel Krim habe Rekruten in den französischen Zone aus, ohne Schwierigkeiten zu finden.

Amtl. Dollarkurs: 5 300 000.
Effekten unsicher — Devisen ruhiger.

Die deutsche Kulturschicht

Von
Dr. Otto Everling, M. d. R., Nikolassee.

Still und tief leidet in unserm grausam mißhandelten Volke besonders die deutsche geistige Mittelschicht. Ihr Vermögen ist meist entzogen, ihr Einkommen ist gefährdet, ihre Arbeitsmöglichkeit gehemmt, ihre Zukunft von Hunger und Verzweiflung bedroht. Die Leute, die am treuesten zu Deutschland standen in Opfern und Entbehrungen, als es einen Heldenkampf kämpfte, sind am tiefsten durch Zusammenbruch, Umsturz und die Folgen des unheilvollen Versailler Diktats getroffen worden. Und trotzdem hat diese notleidende Kulturschicht am wenigsten auf den Straßen, in der Presse, in den Parlamenten geschrien. Ihr stilles Dulden mag ein sittliches Ehrenzeugnis sein — heute, bei der schier unerträglich steigenden Not wird es zum unbarmherzigen Todesurteil. Darum muß jetzt diese deutsche Bildungsschicht laut ihre Stimme erheben, sie hat nicht nur um ihretwillen; sie hat um unseres ganzen Volkes willen Recht und Pflicht, sich zusammenzuschließen und ihre Forderungen zu stellen.

Die Verelendung dieser geistigen Mittelschicht führt zur Vernichtung der Quelle unserer besten Kraft; ihr Geistesleben hat die geistige deutsche Wirtschaft, Leiter und Arbeiter, unendlich befruchtet, hat durch tausend Kanäle die Völker der Erde gefördert. Der große Wert dieser Kulturschicht gibt ihrem tiefen Leid eine hergereifende Tragik. Darum dürfen diese Millionen nicht stumm bleiben. Sie müssen dem Ausland, das so stumpf der Kulturschande ihrer Zerstörung zusehen, zurufen: Täuscht euch nicht, Unerfreuliches wird vernichtet, Verhängnisvolles vollzieht sich mit eurer Duldung! Im Ausland kann man die Erscheinung machen, daß finanzpolitische Einwendungen gegen die gewaltsame Willkür, die uns peinigt, bedenklich aufgenommen werden, daß wirtschaftspolitische Vorlegungen gegen die Methode, mit Kanonen Kohlen holen zu wollen, nicht widerspruchslos hingenommen werden. Ohr und Verständnis findet man noch am meisten, wenn man die kulturpolitischen Folgen des unsinnigen Wütens gegen das wehrlose Deutschland schildert. Hier liegen Aufgaben, die man trotz vieler Enttäuschungen nicht übersehen darf. Das Ausland muß mehr davon erfahren, wie erschütternd mit dieser deutschen Bildungsschicht unwiederbringliche Lebenswerte bedroht sind.

Aber auch dem Inland muß immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Lebensbedingungen und die Arbeitsfähigkeit einer solchen dringend notwendigen geistigen Mittelschicht nur geschaffen werden können, wenn alle Berufe und Stände die deutsche Leistung vermehren und heben. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen uns, den hohen Wert dieser Schicht zu überwinden, als ob man noch einer solchen Katastrophe, wie sie unser Vaterland getroffen hat, ebenso gut aber gar besser und bequemer leben könnte als in den vergangenen glücklicheren Zeiten. Alle ohne Ausnahme müssen mehr schaffen und leisten, damit wir alle und mit allen auch die geistige Bildungsschicht ihr wichtiges Werk mit neuem Mut wieder beginnen kann. Auch darf kein Gesetz mehr erlassen, keine Anordnung der Verwaltung mehr getroffen werden, ohne daß neben dem Wohl der Arbeiter, neben der Sicherung des Handwerks, neben der Förderung der Wirtschaft in Industrie, Landbau und Handel auch das Geschick der notleidenden Kulturschicht ernst erwogen wird. Dieser Volksteil darf nach seinen bisherigen Verdiensten und seinem inneren Wert solche Forderungen stellen.

Um dies einheitlicher und wirksamer nur zu können, haben sich in den letzten Wochen zahlreiche Verbände der freien geistigen Berufe und verwandte Vereinigungen zu einem „Schutzkartell der notleidenden Kulturschicht Deutschlands" zusammengeschlossen, sie haben einen Arbeitsausschuß ernannt, der sich durch Persönlichkeiten aus den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Lagern ergänzt und den Schreiber dieser Zeilen zum Vorsitzenden bestimmte. Dieses Schutzkartell wird durch Presse- und Versammlungstätigkeit und durch Einwirkung auf die Parlamente und Regierungen versuchen, Wert, Leib und Lebensrecht der gebildeten Mittelschicht in allen Einzelheiten eindringlich vor dem Ausland und Inland nachzuweisen und dadurch ihrer Verelendung entgegenzuwirken. Man darf wohl annehmen, daß die deutsche Tagespresse in Mitwirkung trotz der bestehenden erschreckenden Schwierigkeiten nicht versagen wird; man muß auch hoffen, daß die Reichsregierung, deren Kanzler den Arbeitsausschuß heute empfängt, und die Regierungen der Länder Ohr und Verständnis für die notleidende Kulturschicht haben werden. Dringend gelegen aber erscheint, daß das ganze Volk, in dem manche Kreise noch immer die Geistesarbeit unterschätzen, für den unsagbar schweren Kampf seiner geistigen Bildungsschicht volles Verständnis gewinnt. Denn wird man das erbarmungslose Geschick tragen und doch nicht schlaff und stumpf verzagen, sondern mit der jahen Kraftanstrengung sich rüsten, die die Gewähr der Rettung in sich trägt.

*

Heute nachmittag wird der Reichskanzler Dr. Stresemann Vertreter des Schutzkartells der notleidenden Kulturschichten Deutschlands zu einer Aussprache über die Not des geistigen Mittelstandes empfangen.

Proyeten in der Wüste.

Der Allgemeine französische Arbeiterbund gegen Poincaré.

Paris, 22. 8. (M. T. B.) Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterbundes beschäftigte sich gestern mit der internationalen Lage und beschloß die Veröffentlichung einer Erklärung, in der es heißt: „Angesichts des Ernstes der internationalen Lage wiederholt der Verwaltungsausschuß seinen Protest gegen die Haltung blinder Taufer, die seit vier Jahren bewußt die elementarsten Bedingungen mißachten, die für Wiederherstellung des Friedens und zum wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau Europas unumgänglich notwendig sind. Der Ausschuß erinnert daran, daß der Allgemeine freundschaftlich mit England und den übrigen Alliierten zu verhandeln. Wenn diese Partei der Besonnenheit und Gerechtigkeit so nun wie es nur, weil wir durch die Veröffentlichung der englischen Note zu gewinnen gewissen sind. Aber wir glauben, daß die Verhandlungen, sei es nun, daß sie sofort zwischen den Alliierten zweier gehen, oder daß sie nach Einstellung des passiven Widerstandes mit Deutschland beginnen werden, mit größter Diskretion vorgelegt werden müssen.

Ueber den Standpunkt bezüglich der

Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit

heißt es dann in der Schlußfolgerung weiter: „Wir verlangen im Grunde genommen nur, daß die Reparationskommission in der Erfüllung ihrer Aufgabe nicht stört, daß man sie tätig und nicht verlässt sie zu schonden, daß man ihr gestatte, die Sage Deutschlands zu prüfen, verschiedene seine Zahlungsfähigkeit entscheiden und daß Wünschungen vorzunehmen, die sie für richtig hält. Wir verlangen, daß Deutschland in dem für die Wiederherstellung seiner Finanzen notwendigen Zeitraum seine Leistungen in Schäferlieferungen und Barzahlungen durchführt, die die Kommission für möglich halten. Wir wünschen, daß die Alliierten die Pfänder bewahren, die sie im allgemeinen Interesse in der Hand halten. Frankreich war stets bereit, seine Schulden an Großbritannien und die Vereinigten Staaten zu bezahlen. Wir können weder Großbritannien zum Vorteil der Vereinigten Staaten, noch umgekehrt, ein Verzicht einräumen. Wir können und infolgedessen nicht mit Deutschland gegenüber England solidarisch erklären, um das, was wir England schulden, an die Vereinigten Staaten zu zahlen."

In der Schlußfolgerung heißt es weiter, Frankreich sei durchaus bereit, bei der allgemeinen Regelung der Reparationen und der interalliierten Schulden der augenblicklichen Lage Deutschlands Rechnung zu tragen. Es sei bereit, sich über die schnelle Zahlung, die den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ermöglicht, mit Deutschland zu verständigen, ebenso über die Prüfung des zweiten Teils der Schulden durch die Reparationskommission und über die Verschiebung der Prüfung der Kriegsschuldfrage auf einen späteren Termin. „Wir nehmen nicht an", schließt die Note, „daß England die interalliierten Schulden der Zahlung der Reparationen zu erlassen gedenkt. England wird selber am besten verstehen, daß Frankreich, um zahlen zu können, zunächst seine Zahlungsfähigkeit wieder erlangt haben muß, seine Schulden wieder gutgemacht und sich darauf vorbereitet haben muß, mit gleichen Waffen gegen die deutsche Konkurrenz zu kämpfen. Im Interesse Englands liegt es gewissermaßen,

daß Deutschland sich erhält.

Sicherlich liegt es aber nicht in Frankreichs Interesse, daß Frankreich dadurch Schaden erleide.

In dem Anhang, in dem Poincaré das englische Schreiben vom 11. 8. in einzelnen einzelnen Punkten beantwortet, sind auf Seite 44 folgende Abschnitte von Interesse. Unter Punkt 42 erklärt sich Poincaré mit der Meinung Englands, daß die Belebung des Ruhrgebiets ein Ende nehmen muß, wenn Garantien oder Pfänder, die von vorübergehendem Geschäftswerte sind, weniger schädlich und produktiver als die Ruhrbelegung sind, gefunden werden. Es heißt hier, die englische Regierung könne die vier französischen und belgischen Commissionen nicht gelten haben. „Wir sind durchaus bereit, wenn der Widerstand aufgehört hat und wenn das Ende der Arbeiten der Belegung zu ändern und in Uebereinstimmung mit unseren Alliierten die Garantien und Pfänder zu unserer Sicherstellung, aber wir werden das Ruhrgebiet nicht auf neue Versprechungen hin räumen. Wir wollen keinen Rückzug."

Poincaré läßt auch in diesem Teil wieder die Forderung auf gemeinsame Ausbeutung des Ruhrgebietes durch die Alliierten hören.

In Punkt 43 heißt es: „Es hängt von Deutschland ab, daß wir aus dem Ruhrgebiet herausgehen, indem es sich durch die Sanierung seiner Finanzen in die Lage versetzt, internationale Anleihen aufzunehmen. Die Lösung auf der Räumung des Ruhrgebietes wird für Deutschland stimulierend wirken."

In Punkt 44 heißt es, wir protestieren noch einmal mit Entrüstung gegen die Annahme, daß Frankreich bereit sei, bei der Räumung zum Zweck der Sicherstellung gefordert hätte. Die militärische Belegung des Ruhrgebiets ist nicht von dem Gesichtspunkt aus ein schwerer Irrtum bezeichnet, der schädlich für die Reparationsfrage und ein unverzeihlicher Fehler im Hinblick auf die Wiederherstellung des Friedens zwischen den Völkern sei. Der Ausschuß versichert die deutschen Arbeiter seiner Solidarität.

Ausführung des Washingtoner Abkommens.

London, 21. 8. (T. U.) Wie aus New York gemeldet wird, hat die Regierung in Washington die Zerstörung von 28 Schiffen in Erfüllung des Washingtonabkommens bekanntgegeben. Die amerikanische Regierung hatte in der Zerstörungsarbeit eine Pause eintreten lassen, die von dem durch Frankreich in der Konferenz des Vertrages Versuchenden Schiffen behindert wurde. Nachdem dieses Hindernis nun formell beseitigt ist, führt die amerikanische Regierung in der Verschrottungsarbeit fort.

Sowjetrussische Genugtuung an England.

London, 21. 8. (T. U.) Die englische Regierung erhielt heute von der Sowjetregierung 2 Pfund, die diese an Mrs. Harding als Entschädigung für ihre Gefangenschaft in den Jahren 1920 und 1921 bewilligt hat. Mrs. Harding, eine englische Sekretärin, wurde wegen Spionage in Moskau neun Monate unter der Anschuldigung der Spionage eingekerkert. Die englische Regierung verlangte 10 000 Pfund Entschädigung für die schuldlose Inhaftierung, die Sowjetregierung aber weigerte sich lange Zeit, diesen Anspruch anzuerkennen, bis ihn aber nach längeren Verhandlungen, die mit Herr Kurzens bekanntem Ultimatum an Europäer Russlands begonnen, in den Höhe von 2000 Pfund bewilligt.

Die Verhandlungskrise überwunden.

Obwohl die französische Note „keinen Fortschritt" darstellt.

A. London, 22. 8. (Eigenbericht.)

Als Gesamtschuld Deutschlands werden in der französischen Note 52 Milliarden vorgeschlagen. Davon soll Frankreich 26 Milliarden erhalten, England 14,2 Milliarden, Belgien 6 Milliarden und den Rest die übrigen Gläubiger Deutschlands. Bekanntlich hatte England in der letzten Note seine Forderung an Deutschland und an die Alliierten zusammen auf 710 Millionen Pfund Sterling (= 14,2 Milliarden Goldmark) festgelegt. Das Mandver Poincaré bestehe also darin, daß er die englischen Forderungen vollkommen befriedigen will nur daß sie nicht gemeinsam von Deutschland und den in Frage kommenden Alliierten (wie die englische Note forderte. Red.), sondern vom Deutschen Reich allein getragen werden sollen. Das Manöver ist immerhin schlau genug, um der französischen Politik Aussicht zu geben, in der öffentlichen Meinung aufs neue Verwirrung zu erzeugen. Im „Daily Mail" wird heute auch bereits laut verkündet, daß Poincaré die englischen Pläne angenommen habe und daß die Grundlage für eine Verständigung gegeben sei.

Beachtenswert ist weiterhin, daß nach den bisher vorliegenden Informationen die Ruhrbesetzung in der französischen Antwort nur als eine der produktiven Pfänder bezeichnet wird. Poincaré scheint offenbar damit andeuten zu wollen, daß noch andere derartige produktive Pfänder in Frage kommen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß er dabei vor allem die rheinisch-westfälischen Eisenbahnen im Auge haben dürfte. Daß Poincaré den englischen Vorschlag einer internationalen Kommission ablehnt, wertet sich von selbst. Er will sich, wie es scheint, lediglich dazu bereit erklären, die Reparationskommission durch einige neue Sachverständige zu ergänzen. Ebenso wie bei den Finanzfragen werden alle auch in diesem Punkt die Vorschläge der englischen Note heraus verdreht, daß nur noch eine Parodie von ihnen übrig bleibt.

Offizielle Londoner Blätter äußern sich über die Lage sehr vorsichtig. Es wird betont, daß die französische Note lediglich als ein weiterer Schritt in den Verhandlungen zu betrachten sei, durch die man auf beiden Seiten zu einer Lösung zu kommen hoffe. Von einer Krise spitzen den beiden Ländern könne keine Rede mehr sein. Auch die „Times" betont, daß niemand in England einen Bruch mit Frankreich wünsche, und daß die Möglichkeit weiterer Diskussionen mit Erleichterung begrüßt würde. Dagegen ist es bei den Blättern, die einer griechischen Anleihe zugunsten der Flüchtlinge aus Kleinasien, die Finanzlage der freien Stadt Danzig und die Verhältnisse in Polen, eine Reihe von Fragen in bezug auf das Saargebiet und Fragen in bezug auf das Problem des Minderheitenschutzes in Albanien, Estland, Litauen und Lettland.

Die Tagesordnung enthält ferner folgende, das Saargebiet betreffende Punkte: 1. Abschlußender Bericht über die Maßnahmen zur Sicherung der Wiederherstellung im Jahre 1935, 2. Amtsniederlegung des kanadischen Mitgliedes der Regierungskommission, Herrn Wanup, 3. Bestätigung des Beschlusses des Herrn Waupp. Berichterstatter für die Saarfrage ist der chinesische Gesandte in Rom, Tang Tsai-fou.

Die Kriegsflotten der fünf Großmächte.

S. Paris, 22. 8. (Eigenbericht)

Der „Matin" bringt in Verbindung mit der Meldung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eine Zusammenstellung der gegenwärtigen Kriegstonnage der fünf Großmächte.

Danach besitzt Amerika 18 Großkampfschiffe, deren Tonnage sich zwischen 22 000 und 32 600 bewegt, und die zusammen 650 000 ausmacht.

England verfügt über 22 große Kriegsschiffe mit insgesamt 680 000 Tonnen, von denen jedes Schiff 22 500 bis 41 200 Tonnen hat. Zwei Kapitalschiffe von je 35 000 Tonnen sind in Bau gegeben.

Japan zählt 10 Kriegsschiffe von 27 500 bis 33 800 Tonnen mit einer Gesamttonnage von 301 320 Tonnen.

Die 10 Großkampfschiffe Frankreichs, die 18 800 bis 23 500 Tonnen haben, ergeben zusammen 221 170 Tonnen. In den Jahren 1927 bis 1933 werden 5 Schlachtschiffe von je 35 000 Tonnen hinzukommen.

Italien endlich besitzt 10 Großkampfschiffe mit 182 800 Tonnen. Außerdem hat Italien sich das Recht vorbehalten, weitere 5 Kriegsschiffe zu bauen, davon drei mit einer Tonnage von je 35 000 Tonnen, eins von 45 000 Tonnen und eins von 26 000 Tonnen.

Polnische Finanzpläne.

Auf der Suche nach Anleihen im Ausland.

Ae. Warschau, 21. 8. (Eigenbericht).

Polen erhofft die Sanierung seiner Finanzen, die in engster Verbindung mit den Schwierigkeiten in der deutschen Finanzwirtschaft stehen, durch die Erwägungen von Anleihen im Ausland. Seit einigen Tagen finden in Warschau Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und Vertretern der amerikanischen Kapitalsvertreter wegen Gewährung einer Anleihe an Polen statt. Die politischen Regierungskreise hoffen auf die Gewährung einer amerikanischen Anleihe in der Höhe von etwa 100 Mill. Dollar.

Diese von der polnischen Regierung erhoffte Anleihe in den Vereinigten Staaten ist alle unabhängig von der in Frankreich beabsichtigten Anleihe Polens angesehen. Der politische Handels- und Industrieminister Kwiatczyk befindet sich gegenwärtig in besonderer Mission in Paris, die in Verbindung mit der neuen polnischen Anleihe in Frankreich steht. Hier sei bemerkt, daß die Frage der neuen 400 Millionen französischen Anleihe, die bereits in diesem Frühjahr von dem Pariser Parlament genehmigt war, von dem Senat kürzlich vertagt worden ist, weil der Referent Betanger angeblich das Material nicht genügend beherrscht habe. Jedenfalls übte im Senat, wie die politische Presse feststellt, die neue französische Anleihe an Polen nicht mehr vorliegenden Informationen die in der Kammer. Von Interesse sind in diesem Zusammenhang die Aufklärungen des in wirtschaftlichen Fragen Polens stets gut unterrichteten „Kurjer Polski". Das Warschauer Blatt führt aus: Frankreich komme für eine ausreichende finanzielle Hilfeleistung an Polen nicht in Betracht, da es von seinen eigenen Zahlungen überfordert sei.

Polen braucht jedenfalls dringend ausländische finanzielle Unterstützung, und zwar in genügendem Ausmaße, nicht nur zur Schaffung einer Emissionsbank, sondern um eine Sanierung seiner Finanzen überhaupt zu ermöglichen. Der polnische Staat würde eine Anleihe im Auslande jedoch nur durch Uebergabe von sicheren Garantien für seine Gläubiger erhalten können.

Die Arbeit des Reichskabinetts.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann empfing am Mittwoch vormittag Vertreter der Hirsenden Wirtschaftsverbände zu einer Aussprache über die Aufsicht Stellung, die wirtschaftlichen Verordnungen der Reichsregierung, besonders über die Schaffung eines Devisenamtes. Im Anschluß an die heutigen Reichsministerrat sind die Besprechungen mit den Führern der Reichstagsfraktionen fort.

Donnerstag vormittag 10 Uhr wird der Reichskanzler im Hauptausschuß des Reichstags eine Rede über die Pläne des Kabinetts halten und nachmittags 3 Uhr die vereinigten Ausschüsse des Reichstags unterrichten. Wann die Verordnungen veröffentlicht werden, steht noch nicht fest, man glaubt aber, mit ihrer Veröffentlichung für Donnerstag früh rechnen zu können.

(Siehe auch 4. Seite.)

Erhöhung der sozialen Abzüge.

Der Steuerausschuß des Reichstags beschäftigt sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit der Anpassung der sozialen Abzüge bei der Einkommensteuer an die Geldentwertung. Eine Vorlage des Finanzministeriums sieht eine Erhöhung der Werte auf Achtfache der am 1. August in Kraft getretenen Beträge vor. Staatssekretär Zapf bestätigt, daß das Reichsamt noch mehr ausreichend und eine Abschätzung der Beträge gegenwärtig außerordentlich schwierig sei, das Endhöchstens Fünfzehnfache dürfte indessen angemessen sein.

Abg. Dr. Herz (Soz.) erkannte die Schwierigkeit einer richtigen Bemessung der Beträge an und erklärte, vielleicht müsse man bei der jetzigen Unsicherheit der Verhältnisse eine neue Festsetzung der Werte auch Mitte des Monats annehmen. Unter dieser Voraussetzung würden seine Freunde für das Fünfzehnfache stimmen. Die Abgeordneten Hergt (D. Nat.), Gerok (Z.), Dr. Frenzel (Z.) und Delius (Dem.) stimmten der Erhöhung auf das Fünfzehnfache zu.

Ferner wurde in der Aussprache von verschiedenen Seiten die Schwierigkeiten der Erhebung der Mietzinssteuer in Landwirtschaftlichen Betrieben erörtert. Staatssekretär Zapf erklärte, daß sich das Finanzministerium von Anfang an für die Mietzinssteuer bei den neubeschlossenen Steuern nicht im Klaffaren gemeinen sei. Da die Gesetze aber einmalig in Kraft getreten seien, müßten sie im Interesse der Autorität sowohl des Reichstages wie auch der Reichsregierung mit den Ausführungen durchgeführt werden. Stundungsgesuche würden im allgemeinen abgelehnt werden müssen, denn auch die Finanzämter müssen ihrerseits über Schwierigkeiten bei den neubeschlossenen Steuern nicht im unkl